



LHG | Reinhardtstraße 14 | 10117 Berlin

Bundesverband
Liberaler
Hochschulgruppen

Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Fon +49 30 28389421

Fax +49 30 28389425

E-Mail kontakt@bundes-lhg.de
www.liberales-hochschulgruppen.de

Paavo Czwikla
Stellv. Vorsitzender für Presse-
und Öffentlichkeitsarbeit

E-Mail czwikla@bundes-lhg.de
Mobil +49 176 2724467

11. März 2017

Pressemitteilung

Liberaler Hochschulgruppen unterstützen Anliegen der Medizinstudierenden

Der Bundesverband der Liberalen Hochschulgruppen (LHG) schließt sich der Forderung des Verbandes der Medizinstudierenden in Deutschland e.V. (bvmd) nach mehr studentischer Mitbestimmung an.

Berlin, den 11.03.2017. Im Koalitionsvertrag der amtierenden Großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wurde bereits 2013 eine umfangreiche Reform des Medizinstudiums vereinbart. Unter dem Namen „Masterplan Medizinstudium 2020“ nimmt diese jetzt Konturen an. Dabei gibt es von studentischer Seite einige Kritik. Dieser Kritik schließt sich der LHG an. Inhaltliche Kritikpunkte sind:

1. Im Gespräch ist eine verbindliche Aufnahmequote für Landärzte - wer sich zu einer dem Studium folgenden Arbeit in strukturschwachen Regionen bekennt, wird bevorzugt zum Studium zugelassen. Der LHG lehnt jegliche Art von Quoten und fremdbestimmter Aufnahme zum Studium ab. Stattdessen muss die Kompetenz hier zu 100% bei der betreffenden Hochschule liegen!
2. Es soll eine „Pflichtprüfung Allgemeinmedizin im dritten Staatsexamen (M3)“ eingeführt werden. Diese Reform hat zum Ziel, mehr Hausärzte zu gewinnen, schränkt aber die Wahlfreiheit im praktischen Jahr (dessen Tertiale dann vollständig vorgegeben wären) massiv ein.

„Beide Beispiele zeigen, wie das Medizinstudium durch versorgungspolitische Überlegungen vereinnahmt werden soll. Dies widerspricht unserem Ideal von der autonomen Hochschule und dem bzw. der mündigen Studierenden“, äußert sich Johannes Dallheimer, Bundesvorsitzender des LHG, kritisch zu den Reformanstrengungen.

Hingegen wurden zentrale Forderungen des bvmd nicht übernommen. Wir kritisieren die bisherige Intransparenz und Exklusivität der Erarbeitung des Masterplans und setzen uns vehement für die Forderung des bvmd nach einem studentischen Vertreter in der zuständigen Kommission von Bund und Ländern ein. Es kann nicht sein, dass diejenigen Studierenden, die von der weitreichenden Reform ihres Studienganges betroffen sein werden, keinerlei Mitsprache- und Gestaltungsrecht an ebenjener Reform haben.

(2068 Zeichen)